

**Von:** Lutz Bommel <l.bommel@piratenbrandenburg.de>  
**An:** <jagd.2@budich.org>, Landesverband Brandenburg  
<brandenburg@lists.piratenpartei.de>  
**Datum:** Mi, 19. Nov 2014 16.02 Uhr  
**Betreff:** Re: [Brandenburg] neuer Antrag 56 an LaVo: zur  
Basis-/Mitglieder-Befragung bzgl. Aussperrung von der  
Piraten-Kommunikation

Ahoi,

meine (private) Meinung zu diesem Antrag zum derzeitigen Diskussionsstand:

Beantragt wird eine Mitgliederbefragung. Bei Mitgliederbefragungen werden in der Regel immer ALLE Mitglieder befragt, eine im Antrag extra formulierte, und zu beachtende Einhaltung der Zielgruppe von Zählern und Nichtzählern ist also unsinnig. Ebenso könnte man fordern, bei der Befragung auch wirklich alle Frauen oder Jugendliche, oder Menschen mit Blonden Haaren mit einbezogen werden müssen... Kann man machen, ist aber Unsinn..

Die Fragen:

"[\_] Wollt Ihr, wie es euer Recht ist, innerhalb der Piratenpartei, insbesondere LV Brandenburg, frei kommunizieren und selbst/individuell bestimmen was ihr liest, schreibt und redet?  
[\_] Oder wollt ihr Zensurinstanzen zum (rechtswidrigen) Ausschluß beliebiger Parteimitglieder aus der Parteikommunikation?"

Mal abgesehen von den grammatischen Fehler sollen also die Mitglieder eine Aussage dazu treffen, ob sie ein ohnehin vorhandenes Recht (freie Meinungsäußerung? oder Teilnahme an der innerparteilichen Meinungsbildung?) ausüben wollen. Alternativ sollen "Zensurinstanzen" (was ist das?) "beliebigen" Mitgliedern dieses Recht verweigern.

Wenn es ein Recht gibt, ist es ein Recht. Mit welchem (anderem) Recht sollte dieses dann aufgehoben werden? Ich halte den Antrag in dieser Form für unbrauchbar, und mir ist nicht klar wozu ein Ergebnis, welches auch immer, praktisch von Nutzen wäre, außer Geld zu verbrennen und Inkompotenz zu demonstrieren...

Der Hinweis über die solidarische Wahlkampfhilfe für Hamburg in diesem Antrag im Kontext von Geldverschwendungen zeigt aus meiner Sicht wie unsolidarisch und unsozial der Antragsteller denkt, was natürlich sein gutes Recht ist. (ich finde es dennoch sehr unpassend)

Die Antragsbegründung:

Der Antragsteller führt hier zwei "Beispiele" an, die vermutlich zeigen sollen, worum es ihm bei diesem Antrag geht. (Die befragten Mitglieder würden diese Information übrigens nicht bekommen, da sie nicht Teil des Antrags selbst sind)

Im ersten Fall wurde der Antragsteller offensichtlich auf Mehrheitsbeschluss einer AG von deren ArbeitsML verbannt. Diese Entscheidung obliegt der AG selbst und hier sind auch die Gründe nicht angeführt, die zu dieser Entscheidung geführt haben. Sollte der Antragsteller sich da in seinen Rechten verletzt fühlen, kann er ja jeder Zeit ein Parteigericht anrufen. Ein Grund für eine Grundsatzumfrage an ALLE Mitglieder entnehme ich dem Vorgang nicht. Im zweitem Beispiel geht es um einen Antrag auf eine Ordnungsmaßnahme, die nicht den Antragsteller selbst betrifft. Besagter Antrag wurde im besagtem Teil auch zurück gezogen, und auch hier sehe ich keinen Grund alle Mitglieder zu befragen, weil es mal einen Antrag auf Sperrung eines Mitgliedes für ML gab, der aber nie abgestimmt wurde, weil er zurückgezogen wurde.

Fazit: Der Antrag ist heiße Luft um nichts, er bringt nichts, kostet Zeit Geld und belegt, die Piraten Brandenburg kümmern sich um alles, außer Politik...

Jm2Ct

FakeChicken69

Am 18.11.14 13:14, schrieb Thomas Budich:

> Guten Tag!  
>  
> Ich teile mit das soeben von mir der Antrag  
> <<https://wiki.piratenbrandenburg.de/Vorstand/Antrag/2014-056>>  
>  
> mit Titel  
> Antrag bzw. Forderung zur Basis-/Mitglieder-Befragung bzgl. Aussperrung  
von der Piraten-Kommunikation  
>  
> eingereicht wurde.  
>